

Ein Schutzschirm für die Schwächsten

Der Abschwung trifft Leiharbeiter am härtesten. Beschäftigungspakte sind hier nicht möglich – aber die Politik kann auf andere Art helfen

HARTMUT SEIFERT

Die jüngste Entwicklung der Leiharbeit lässt sich mit der Formel „Wie gewonnen, so zerronnen“ beschreiben. Nach der steilen Karriere, ausgelöst durch Deregulierungen im Zuge der Hartz-Gesetze, droht dieser Beschäftigungsform nun ein ebenso jäher Absturz. Der Einbruch der Nachfrage im produzierenden Gewerbe trifft Leiharbeiter mit voller Wucht. Konjunkturellen Abschwüngen sind sie wesentlich ungeschützter ausgesetzt als die Kernbelegschaften. Schonungslos legt die aufziehende Arbeitsmarktkrise bloß, welche besonderen Risiken Leiharbeiter tragen.

Instabilität ist ein immanentes Merkmal der Leiharbeit, die fest zum gut bestückten Repertoire betrieblicher Anpassungsmaßnahmen gehört: Bevor Firmen Stellen abbauen, können sie befristete Verträge auslaufen lassen, Leiharbeit beenden oder die Arbeitszeit mithilfe von Zeitkonten, Kurzarbeit oder der Verringerung der Regelarbeitszeit reduzieren. Zusammen bilden diese Varianten stattdessen Flexibilitätspuffer, um die Beschäftigung der Kernbelegschaften für längere Zeit trotz nachlassender Nachfrage stabil zu halten. Der Schutzschirm hat allerdings seinen Preis: Dafür, dass Betriebe im Rahmen verbrieft Beschäftigungsgarantien auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten, machen die Beschäftigten Zugeständnisse bei Arbeitszeit und/oder Einkommen. Zu Beginn des vergangenen Jahres hatten gut ein Viertel aller Firmen mit Betriebsrat derartige Garantien vereinbart.

Synchrone Abbauwellen

Solche Beschäftigungspakte schließen die Betriebe aber nicht mit Leiharbeitern ab, die ein Arbeitsverhältnis mit Verleihunternehmen eingegangen sind. Dort wäre dann auch der richtige Ort, vergleichbare Beschäftigungspakte auszuhandeln. Was spricht dagegen?

Die Schwierigkeiten rühren aus der besonderen Funktion der Leiharbeit. Als flexible Personalreserve ist sie bei einer konjunkturellen Talfahrt systematisch höheren Risiken ausgesetzt, als normale Arbeitsverhältnisse es sind. Viele Betriebe in der Industrie trennen sich von den Personalreserven, die sie in der Boomphase aufgebaut hatten. Die Abbauwellen verlaufen synchron. Einem Tsunami ähnlich türmen sie sich auf und treffen die Verleihunternehmen mit aller Härte. Alternative Einsatzfelder, in die sie ihre Leiharbeiter umlenken könnten, fehlen. Selbst wenn sich Teilbereiche des Dienstleistungssektors dem aktuellen Konjunkturabschwung erfolgreich ent-

ziehen und weiter prosperieren sollten, würden sie unbeschäftigten Leiharbeitern kaum Kompensation bieten. Allein schon die unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen stehen einer nahtlosen Weiterbeschäftigung im Wege.

Einen Fallschirm hat die Bundesregierung mit dem Kurzarbeitergeld aufgespannt. Das war richtig. Er dürfte aber in vielen Fällen Arbeitslosigkeit nicht verhindern, geschweige denn die bei Leiharbeitern besonders hohen sozialen Risiken ausgleichen. Denn zu dem erhöhten Beschäftigungsrisiko kommt noch die im Vergleich zu Stammbeschäftigten häufig deutlich schlechtere Bezahlung hinzu. Dadurch fällt beim Jobverlust auch das Arbeitslosengeld entsprechend geringer aus. Da die vorangegangenen Beschäftigungsphasen bei vielen Leiharbeitern nur kurz sind, sie liegen durchschnittlich bei unter einem Jahr, bestehen häufig nicht einmal Ansprüche auf Arbeitslosengeld, sondern nur auf die geringeren Leistungen des Arbeitslosengeldes II.

Das Versagen des Arbeitsmarkts

Ein funktionierender Arbeitsmarkt müsste diese Risikokumulation eigentlich mit einer entsprechenden Prämie honorieren. Stattdessen vertiefen sich die Gräben zwischen den ungleichen Segmenten am Arbeitsmarkt. Die relativ niedrige Bezahlung begrenzt auch den Spielraum für Beschäftigungspakte in den Verleihunternehmen: Viele Leiharbeiter können es sich einfach nicht leisten, auf Gehalt zu verzichten. Und die Zeitarbeitsfirmen können bei schrumpfenden Aufträgen kaum die Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung umverteilen.

Angesichts dieser Sonderbedingungen besteht dringlicher politischer Handlungsbedarf. Erstens sollte die Phase der Kurzarbeit für Weiterbildung genutzt werden, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Dadurch ließe sich wenigstens das Spektrum für potenzielle Anschlussbeschäftigungen erweitern. Zweitens sollten die Möglichkeiten verbessert werden, Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu erwerben. Das ginge über Mindestbeschäftigungszeiten und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Dieses untersagte es den Zeitarbeitsfirmen, ihren Beschäftigten sofort zu kündigen, wenn ein Entleihbetrieb das Engagement kündigte. Drittens sollten generelle Weiterbildungsmöglichkeiten eingeführt werden, die ähnlich wie in Frankreich fondsfinanziert sind und den Zugang zu Normalarbeitsverhältnissen verbessern. Und viertens würde ein Mindestlohn die bestehenden Lohnunterschiede im Niedriglohnbereich verringern und die soziale Lage bei Arbeitsplatzverlust zumindest etwas verbessern. Besser noch wäre die Gleichstellung mit den Stammbeschäftigten.

HARTMUT SEIFERT leitet das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Gerade jetzt: Mehr Freiheit

Die Finanzkrise und die Furcht vor dem Klimawandel dienen vielen Politikern als Vorwand, um die Rolle des Staates auszuweiten. Stattdessen sollten die Märkte von ihren Fesseln entbunden werden **VON VACLAV KLAUS**

Es herrscht die allgemeine Einschätzung, dass Tschechien den Ratsvorsitz der Europäischen Union zu einem schwierigen Zeitpunkt übernimmt. Wir sollten jedoch nicht in Panik geraten und müssen uns denen entgegenstellen, die uns – indem sie den jetzigen Zeitpunkt als historisch einzigartig bezeichnen – nur manipulieren wollen.

Natürlich gibt es Probleme. Die Welt steckt in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise. Die EU hat zusehends Schwierigkeiten mit ihrem immer deutlicher sichtbaren Demokratiedefizit. Sie ist tief gespalten, was die Organisation ihrer Institutionen anbelangt. Das globale Klima verändert sich im Grunde gar nicht, aber Umweltaktivisten ist es gelungen, Politiker (und zum Teil Normalbürger) davon zu überzeugen, dass der Weltuntergang bevorsteht. Aufgrund dieser falschen Annahme will man unsere Freiheit und unseren Wohlstand beschneiden.

Die Wirtschaftskrise sollte als unvermeidliche Folge und deshalb auch als „gerechter“ Preis dafür angesehen werden, dass unangenehme Politik mit übersteigertem Selbstvertrauen mit dem Markt spielten. Ihre Versuche, dem Markt die Schuld zu geben anstatt sich selbst, sind inakzeptabel und sollten entschieden zurückgewiesen werden. Die tschechische Regierung wird die Welt und Europa – hoffentlich – nicht in mehr Regulierung, Verstaatlichung, Protektionismus und strengere Auflagen für die Märkte treiben. Unsere historische Erfahrung in dieser Hinsicht ist uns eine klare Warnung.

Um eine Analogie zu bemühen: Bei der Suche nach Auswegen sollten wir streng unterscheiden, ob gerade das Feuer gelöscht wird oder neue Brandschutzbestimmungen erarbeitet werden. Zunächst müssen wir uns auf Ersteres konzentrieren. Die zweite Aufgabe kann schrittweise, ohne Eile und frei von Panik erfolgen. Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, wie sie derzeit so häufig vorgeschlagen wird, würde die Rezession nur verlängern. Das Wachstum der Weltwirtschaft nimmt rapide ab, die Banken vergeben keine Kredite mehr, das Vertrauen schwindet. Mitten in einer Rezession die Kontrolle der Finanzinstitutionen radikal zu ändern ist kontraproduktiv.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage muss gestärkt werden. Traditionell besteht eine Möglichkeit darin, die Staatsausgaben zu erhöhen, etwa durch Infrastrukturprojekte. Viel hilfreicher wäre es jedoch, alle Beschränkungen zu reduzieren, denen private Initiativen im Zeitalter der schönen neuen Welt von „sozial-ökologischer Marktwirtschaft“ unterworfen wurden. Am besten wäre es, vorübergehend die „Standards“ in den Bereichen Arbeit, Umweltschutz, Sozialwesen oder Gesundheit zu lockern oder ganz abzuschaffen, da sie rationales menschliches Handeln blockieren. Bei der Pattsituation um die „EU-Verfassung“ wird die tschechische Regierung Europa – hoffentlich – nicht zu einem immer

enger geknüpften Staatenverbund führen, zu einem Europa der Regionen (anstelle von Staaten), zu einem zentralisierten, supranationalen Europa oder zu einem stärker kontrollierten und regulierten Europa, das von oben dirigiert wird. Tschechien wird das Motto für seine Präsidentschaft, „Europa ohne Grenzen“, hervorheben und entsprechend für mehr Liberalisierung, den Abbau von Handelschranken und das Ende des Protektionismus eintreten.

Unsere historische Erfahrung gibt uns eine klare Vorgabe: Wir brauchen mehr Markt und weniger Intervention des Staats. Auch wissen wir, dass ein Scheitern der Regierung teurer ist als ein Scheitern des Markts.

Außerdem können wir gewiss sein, dass die tschechische Remuss gestärkt werden. Traditionell besteht eine Möglichkeit darin, die Staatsausgaben zu erhöhen, etwa durch Infrastrukturprojekte. Viel hilfreicher wäre es jedoch, alle Beschränkungen zu reduzieren, denen private Initiativen im Zeitalter der schönen neuen Welt von „sozial-ökologischer Marktwirtschaft“ unterworfen wurden. Am besten wäre es, vorübergehend die „Standards“ in den Bereichen Arbeit, Umweltschutz, Sozialwesen oder Gesundheit zu lockern oder ganz abzuschaffen, da sie rationales menschliches Handeln blockieren. Bei der Pattsituation um die „EU-Verfassung“ wird die tschechische Regierung Europa – hoffentlich – nicht zu einem immer

Angesichts dieser Sonderbedingungen besteht dringlicher politischer Handlungsbedarf. Erstens sollte die Phase der Kurzarbeit für Weiterbildung genutzt werden, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Dadurch ließe sich wenigstens das Spektrum für potenzielle Anschlussbeschäftigungen erweitern. Zweitens sollten die Möglichkeiten verbessert werden, Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu erwerben. Das ginge über Mindestbeschäftigungszeiten und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Dieses untersagte es den Zeitarbeitsfirmen, ihren Beschäftigten sofort zu kündigen, wenn ein Entleihbetrieb das Engagement kündigte. Drittens sollten generelle Weiterbildungsmöglichkeiten eingeführt werden, die ähnlich wie in Frankreich fondsfinanziert sind und den Zugang zu Normalarbeitsverhältnissen verbessern. Und viertens würde ein Mindestlohn die bestehenden Lohnunterschiede im Niedriglohnbereich verringern und die soziale Lage bei Arbeitsplatzverlust zumindest etwas verbessern. Besser noch wäre die Gleichstellung mit den Stammbeschäftigten.

Das Scheitern von Regierungen ist teurer als ein Scheitern des Markts

Außerdem können wir gewiss sein, dass die tschechische Remuss gestärkt werden. Traditionell besteht eine Möglichkeit darin, die Staatsausgaben zu erhöhen, etwa durch Infrastrukturprojekte. Viel hilfreicher wäre es jedoch, alle Beschränkungen zu reduzieren, denen private Initiativen im Zeitalter der schönen neuen Welt von „sozial-ökologischer Marktwirtschaft“ unterworfen wurden. Am besten wäre es, vorübergehend die „Standards“ in den Bereichen Arbeit, Umweltschutz, Sozialwesen oder Gesundheit zu lockern oder ganz abzuschaffen, da sie rationales menschliches Handeln blockieren. Bei der Pattsituation um die „EU-Verfassung“ wird die tschechische Regierung Europa – hoffentlich – nicht zu einem immer

Angesichts dieser Sonderbedingungen besteht dringlicher politischer Handlungsbedarf. Erstens sollte die Phase der Kurzarbeit für Weiterbildung genutzt werden, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Dadurch ließe sich wenigstens das Spektrum für potenzielle Anschlussbeschäftigungen erweitern. Zweitens sollten die Möglichkeiten verbessert werden, Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu erwerben. Das ginge über Mindestbeschäftigungszeiten und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Dieses untersagte es den Zeitarbeitsfirmen, ihren Beschäftigten sofort zu kündigen, wenn ein Entleihbetrieb das Engagement kündigte. Drittens sollten generelle Weiterbildungsmöglichkeiten eingeführt werden, die ähnlich wie in Frankreich fondsfinanziert sind und den Zugang zu Normalarbeitsverhältnissen verbessern. Und viertens würde ein Mindestlohn die bestehenden Lohnunterschiede im Niedriglohnbereich verringern und die soziale Lage bei Arbeitsplatzverlust zumindest etwas verbessern. Besser noch wäre die Gleichstellung mit den Stammbeschäftigten.

Auch im Jahr 2009 wird die Welt bewaffnete Konflikte erleben. Internationaler Terrorismus und Gebiets- und Religionsstreitigkeiten werden für uns alle Folgen haben. Wir wissen, dass Frieden nicht einseitig erklärt werden kann und dass dauerhafte Lösungen meist nicht von außen aufgezwungen werden können. Tschechiens Regierung wird keine externe Einmischung in die innenpolitischen Belange souveräner Staaten unterstützen. Wir sollten uns dagegen sperren, den Ambitionen von Philosophenkönigen zu erliegen.

Trotz aller Kritik an den Mechanismen der EU zur Entscheidungsfindung werden die pragmatischen Tschechen nicht versuchen, eine paneuropäische „samtene Revolution“ auszurufen. Sie werden vielmehr ihre Interessen und Prioritäten vertreten. Wir werden andere behandeln, wie wir behandelt werden wollen – mit Respekt für abweichende Ansichten. Es wäre erfreulich, wenn sich zumindest in einigen Fällen ein gemeinsamer Nenner finden ließe. Sich auf Verhandlungen und auf die positiven Wirkungen unterschiedlicher Meinungen zu stützen ist das, was Europa zu Europa macht.

Der EU-Ratsvorsitz gibt uns vielleicht Gelegenheit, einige unserer Ansichten zum Vorteil der Bürger in allen EU-Staaten zu nutzen. Ihr Wohlergehen und ihr Glück werden in einem freien, demokratischen, dezentralisierten, offenen und liberalisierten Europa maximiert.

VACLAV KLAUS ist Präsident der Tschechischen Republik.

Schuldenfrei in die Katastrophe

Ohne Keynes und mit ganz viel Kampeter würde Deutschland in der Krise untergehen



PETER EHRLICH

Stellen wir uns einmal vor, John Maynard Keynes hätte nie gelebt. Es hätte keinen New Deal in den USA der 30er-Jahre gegeben und nie ein staatliches Konjunkturprogramm. Stattdessen hießen die führenden Wirtschaftstheoretiker Steffen Kampeter, Günther Oettinger und Philipp Mißfelder. Die drei von der CDU würden dafür sorgen, dass nach 2007 und 2008 auch in den Jahren 2009 und 2010 kein gesamtstaatliches Defizit entstünde. Durch die Krise, würden sie argumentieren, müssen wir eben durch. Dafür hinterlassen wir aber den nächsten Generationen auch keine Schulden, die sie mühsam abtragen müssen.

Tatsächlich würden kommende Generationen eine solche Politik später nicht loben, sondern verfluchen. Denn die Kinder würden in einem Land mit fünf oder sechs Millionen Arbeitslosen, kalten Wohnungen und Kohlsuppe statt McDonald's aufwachsen.

Übertrieben? Spielen wir doch einmal durch, was wäre, wenn es wie von Teilen der CDU gefordert ein absolutes Schuldenverbot für die öffentlichen Haushalte geben würde. 2009 dürften Bund und Länder nicht nur keine Konjunkturpakete auflegen. Sie wären sogar verpflichtet, nach jeder neuen Steuerschätzung die erwarteten Einnahmeausfälle durch Einsparungen zu kompensieren. Wo aber sollten sie in einem Jahr 25 Mrd. € kürzen?

Erinnerungen an den Hungerwinter

Zur Finanzierung würde der Staat zunächst seine Investitionen radikal herunterfahren. Nach Firmen und Privatleuten würde auch der Staat keine Bauaufträge mehr geben und keine Autos mehr kaufen. Tausende Baufirmen würden pleitegehen. Weil die Einsparungen bei Investitionen nicht reichen, müsste der Staat dann an Leistungsgesetze gehen oder Angestellte entlassen.

Der Bund dürfte vielleicht die Hartz-IV-Sätze minimal kürzen. Richtig Geld käme aber nur herein, wenn der Steuerzuschuss zur Rentenversicherung heruntergefahren würde. Dann würde eben die zum 1. Juli versprochene Rentenerhöhung durch eine Rentenkürzung ersetzt. Pech,

dass Oma sich deshalb nicht einmal mehr die Schlittschuhe leisten kann, die sie dem Enkel zum Geburtstag schenken wollte, weil der arbeitslose Papi kein Geld dafür hat. Wollen wir wirklich, dass Uropa dann daran erinnert, dass im Hungerwinter 1945/46 auch niemand neue Schlittschuhe kaufen konnte?

Noch schlimmer käme es 2010. Auch mit Konjunkturpaketen dürften wir Ende des Jahres wohl 500 000 Arbeitslose mehr haben, aber ohne wären wir schnell bei der ersten Million. Die Reserven der Arbeitslosenversicherung wären schnell aufgebraucht, mitten in der Rezession müssten in einer Welt ohne Neuverschuldung die Beiträge erhöht werden. Diese Kostensteigerung in den Unternehmen würde zu weiteren Entlassungen führen. Alternativ könnte auch das Arbeitslosengeld gekürzt werden.

Das sei alles übertrieben, sagen Sie? Schon heute, also Anfang Januar, rechnet die Regierung mit einem Staatsdefizit von knapp drei Prozent infolge von konjunkturbedingten Ein-

nahmenausfällen und des ersten und zweiten Konjunkturpakets. Am Ende könnten es auch vier Prozent werden, das wären 100 Mrd. €.

Bei einem absoluten Schuldenverbot müsste in dieser Größenordnung gespart werden – wenn nicht noch mehr, weil jede Einsparung anderswo die Einnahmen weiter schrumpfen lässt.

Die politischen Folgen in einem Superwahljahr kann man sich leicht ausmalen. Die SPD würde weiter an die Linke verlieren, schon ein mäßig begabter Redner könnte die SPD über die Fünfprozenthürde tragen. Als das Rettungspaket für die Banken geschnürt wurde, hatten die Mitglieder des Bundeskabinetts die Gefahr vor Augen, dass lange Menschenschlangen vor den Banken stehen, um ihr Geld abzuheben. Wer sich in der Bankenkrise an 1929 erinnert, muss in der bisher heftigsten realwirtschaft-

lichen Krise der Bundesrepublik wohl oder übel an 1933 denken. Die Eltern der heute Regierenden sind in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgewachsen. Falsche Wirtschaftspolitik war nur ein Grund für den Nationalsozialismus. Aber trotzdem gilt: Elend, sei es durch Depression oder Krieg, hinterlässt wirtschaftlich und psychologisch ganz andere Folgen als Neuverschuldung.

Kein Generationenproblem

Vergleicht man die tatsächliche Politik mit dem Horrorszenario Schuldenverbot, kommt die Koalition gar nicht so schlecht weg. Finanzminister Peer Steinbrück poltert zwar gern gegen unbedachte Ausgaben, seine reale Politik bedeutet aber eine gewaltige Unterstützung der Konjunktur. Man kann kritisieren, dass viele kleine Maßnahmen vor allem bei den Steuern und Abgaben ihren psychologischen Effekt verfehlen und damit nicht jeder Euro aus den Paketen gleich gut angelegt ist. Einen erheblichen Impuls kann man aber nicht bestreiten.

Natürlich muss in besseren Zeiten das Defizit wieder zurückgefahren werden. Die heutige Konjunkturstützung schränkt die Möglichkeiten für Steuererleichterungen bis 2013 oder länger ein. Sie erhält aber die Potenziale der Wirtschaft und damit die Basis für künftige Steuereinnahmen. Die schwierigste Aufgabe der Politik ist es dabei, Strukturwandel zu fördern und nicht auch alte Strukturen zu konservieren.

Ins Wanken gerät dagegen das Konzept der Generationengerechtigkeit, das bei SPD, FDP und Grünen ebenso wie bei der Union viele Anhänger hat. Es ist zwar wichtig, auf die permanente Gefahr hinzuweisen, dass die gerade amtierenden Entscheider Probleme in die Zukunft verschieben. Nur wird die Generationenfrage zu oft auf die Schulden und Verpflichtungen des Staates beschränkt. Es gibt aber keinen Dagober Duck, der eines Tages kommt und sein Geld zurückfordert. Der Staat verschuldet sich vor allem bei den eigenen Bürgern. Das Bruttoinlandsprodukt wird immer aktuell erwirtschaftet. Je zurückhaltender die anderen Akteure sind, desto wichtiger wird die Rolle des Staates.

Im Moment helfen staatliche Schulden den nächsten Generationen mehr als das vermeintlich so geniale Schuldenverbot. 2009 brauchen wir viel Keynes und wenig Kampeter.

E-MAIL ehrlich.peter@ftd.de

PETER EHRLICH ist Chefkorrespondent der FT. Er schreibt jeden zweiten Donnerstag an dieser Stelle.

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Sven Clausen, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold
Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel
Cheflayouter: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann

Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann
Chef Seite 1 und 2: Philipp Jaklin
Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.); Claus Gorgs (Industrie/Dienstleistungen); Matthias Lambrecht (Reports)
Ressort Politik: Andreas Theysen (verantwortl.), Peter Ehrlich (Chefkorrespondent); Dr. Arne Delfs (Deutsche Politik); Ines Zöttli (Ausland); Wolfgang Proissl (Europapolitik)
Ressort Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (verantwortl.); Jörg Berens (Das Kapital); Christina Rathmann (Finanzmärkte)

Ressort Agenda: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.), Christian Baulig (Stv.), Horst von Buttler (Agenda), Christian Schütte (Kommentar)
Ressort Electronic Media: Dr. Anton Notz (verantwortl.); Joachim Dreylukf (Nachrichten); Martin Virtel (Multimedia)

Chefökonom: Thomas Fricke
Beilagen: Volker Bornemann
Lektorat: Astrid Forse

Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co. KG
Geschäftsführer: Christoph Rühl
Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortl.)
Leiter Vertrieb und Marketing: Thomas Frenzel

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Randi Greve, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg
Abbestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84* * € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Abopreise Inland (inkl. MwSt.): € 37,50 pro Monat, € 429,00 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer Bescheinigung; € 17,50 pro Monat, € 200,00 pro Jahr. Die FTD erscheint bösartig montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214 E-Mail: media@ftd.de

Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49) 40-319 90-202

Verlag und Redaktion Hamburg: Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Redaktion Frankfurt: Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50

Redaktion Berlin: Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/319 90-550, wochentl. 10-13/14-17 Uhr, leserservice@ftd.de
www.ftd.de ISSN 1615-4118
„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

Druck: Presse-Druck und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M